FAMILIE

Ehegattensplitting spaltet Union

Innerhalb der Union wird der Streit um die Zukunft des Ehegattensplittings immer schärfer. Hintergrund sind Bemühungen in der CDU-Parteispitze, die steuerliche Besserstellung zukünftig Familien zukommen zu lassen. „Wir haben grundsätzliche Bedenken gegen die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting“, sagte CSU-Generalsekretär Markus Söder. „Für die CSU ist es wichtig, dass die Ehe auch weiter unter einem besonderen Schutz steht.“ Derzeit profitieren vor allem sogenannte Hausfrauenehen vom Ehegattensplitting. Die CSU fürchtet, dass der Partei konservative Wähler verloren gehen, wenn mit einem Familiensplitting auch unverheiratete Paare mit Kindern gefördert werden. Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) würde dagegen eine derartige Regelung begrüßen: „Das ist eine gute Idee. Vor allem Familien im mittleren Einkommensbereich können mit einem solchen Instrument entlastet werden.“ Der saarländische CDU-Ministerpräsident Peter Müller plädierte dafür, die Steuervorteile des Ehegattensplittings einzuschränken. „Die dadurch frei werdenden Mittel könnten wir für das Familiensplitting verwenden.“ Die CDU will im kommenden Jahr ein neues Grundsatzprogramm beschließen und darin eine Abkehr vom herkömmlichen Ehegattensplitting festschreiben. „Familien mit Kindern müssen steuerlich besser gestellt sein als Kinderlose“, heißt es in einem Entwurf des neuen Parteiprogramms. Damit sollen auch unverheiratete Paare und Alleinerziehende angesprochen werden: „Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen“, heißt es in dem Papier.

WEISS / IMAGO

JÖRG MODROW / LAIF

Hamburger Hafen

SUBVENTIONEN

Geschenk für Hafenwirtschaft

Gleichzeitig mit der Einführung der Steuer auf Biodiesel will die Große Koalition der deutschen Hafenwirtschaft ein Sprit-Abgabengeschenk machen. Danach soll Diesel-Kraftstoff für Hafenfahrzeuge und -maschinen nur noch wie Heizöl besteuert werden – statt 47 wären dann nur rund 6 Cent pro Liter fällig. Das sieht eine Änderung des Energiesteuergesetzes vor, die in dieser Woche im Finanzausschuss des Bundestags beraten werden soll. Dem Fiskus entgingen durch die Neuregelung nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums jährlich 25 Millionen Euro. Obwohl die Hafenwirtschaft in Deutschland boomt, fordert der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe die Steuerermäßigung seit langem, da auch der Sprit in belgischen und niederländischen Häfen verbilligt sei. Die geplante Subvention ist Teil eines Deals der Finanzpolitiker der Koalition, um die Verkehrspolitiker zur Zustimmung für ihre Biosteuerpläne zu gewinnen. Im Finanzministerium gibt es hingegen Bedenken gegen das Vorhaben: Dort wird befürchtet, andere Branchen könnten ebenfalls Steuernachlässe fordern – etwa die Landwirtschaft. Erst im vergangenen Jahr war die Steuerbegünstigung für Agrardiesel eingeschränkt worden.

KRANKENKASSEN

Teure Vorstände, wenig Transparenz

Die Vorstandsbezüge der 256 gesetzlichen Krankenkassen sind in vielen Fällen offenbar unverhältnismäßig hoch, untereinander kaum vergleichbar und für Versicherte wie Öffentlichkeit nicht durchschaubar. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Linksfraktion angefordertes Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste beim Bundestag. Der Vorstandsvorsitzende der Barmer Ersatzkasse (7,2 Millionen Mitglieder) erhielt beispielsweise im vorigen Jahr 185 422 Euro Grundvergütung; immerhin noch 166 400 Euro kassierte der Chef der mit rund 380 000 Versicherten relativ kleinen Augsburger BKK Essanelle. Solche Vergleiche müssen aus Hunderten Einzelveröffentlichungen zusammengesucht werden, denn „soweit ersichtlich, existiert derzeit nirgends eine zusammenfassende Darstellung oder Liste“ der Zahlungen, heißt es in der Expertise. Überdies weigern sich 17 Kassen, darunter die Techniker-Krankenkasse sowie die BKK Dr. Oetker und die BKK Hoechst, die Vorstandsbezüge wie gesetzlich vorgeschrieben im Bundesanzeiger zu veröffentlichen – mehrere haben gegen die Offenbarungspflicht geklagt. „Manche Vorstände betrachten ihre Kassen offenbar als Selbstbedienungsladen“, kritisiert Gesine Lötzsch von der Linkspartei.